Frühjahrsvollversammlung des Diözesanrates der Katholiken im Bistum Augsburg am 17./18. März 2017

Bericht der Vorsitzenden

1. Tod von Vorstandsmitglied Günter Gaschler

Wohl jeder von uns hat Günter Gaschler gekannt. Hier, in diesem Raum, auf unseren Vollversammlungen, hat er oft das Wort ergriffen, hat mit uns diskutiert, hat überzeugend seine Sicht der Dinge eingebracht und dabei als Vorsitzender des Sachausschusses "Soziale und caritative Fragen" stets den Blick auf diejenigen gelenkt, die eher auf der Schattenseite des Lebens stehen. Hier durften wir mit ihm zusammen sein und ihn als Menschen mit einer tiefen religiösen Überzeugung erleben. Ich persönlich habe Günter Gaschler als bodenständigen, ehrlichen Ratgeber stets sehr geschätzt. Einen kleinen Moment wollen wir, jeder für sich, unsere dankbaren Erinnerungen an ihn vor den Herrn tragen und still für ihn beten.

2. Internationaler Terrorismus – Islamischer Staat – Christenverfolgung

Als am 19. Dezember 2016 ein Sattelschlepper in den Berliner Weihnachtsmarkt fuhr, hat das wohl keinen von uns kaltgelassen.

Die furchtbare Tat des Anis Amri reiht sich ein in eine internationale Blutspur, die der "Islamische Staat" für sich reklamiert. Die militärischen Erfolge gegen diese Terrormiliz sind eine Sache, das Ausweichen auf Anschläge in anderen Ländern, also eine erhöhte Gefährdung auch unseres Landes ist die Kehrseite der Medaille. Wenn der Terrorist von Berlin, ein tunesischer Krimineller, in Europa als minderjähriger, unbegleiteter Flüchtling gilt, der mit (mindestens) 14 Identitäten Asyl und Sozialleistungen beantragen kann, um trotz Einstufung als "Gefährder" unbehelligt sein Unwesen zu treiben, dann stimmt auch bei uns etwas nicht.

Deshalb ist es richtig und wichtig, unsere Sicherheitsstruktur erheblich zu verbessern und abgelehnte Asylbewerber sowie Kriminelle unverzüglich abzuschieben.

Diese dringenden Hausaufgaben für Politiker und Behörden in Deutschland und ganz Europa ändern nichts an der Tatsache, dass besagter "Islamischer Staat" zu den größten Christenverfolgern gehört, nicht nur in Syrien und Irak, sondern auch in Ägypten und anderen Ländern. Wir werden uns als Diözesanrat in einer Fachtagung am 22. September 2017 mit dem Thema der Christenverfolgung und ihren Ursachen auseinandersetzen und in unserer Herbstvollversammlung am 28. Oktober darüber sprechen, wie Medien, Politik und Kirche mit dieser Problematik umgehen.

3. Unsere politische Verantwortung als Katholiken

Nur sehr wenige konnten sich gewissermaßen als negative Utopie den Brexit vorstellen. Hier wurde deutlich wie Manipulation und Lügen Wahlergebnisse beeinflussen können.

Seit dem 8. November 2016 bestimmt ein weiteres Thema Schlagzeilen und Politik: die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika.

Ich brauche Ihnen wohl nicht aufzuzählen, was seither berichtet wurde und welche "Unwägbarkeiten" mit dieser Personalie verbunden sind. Aber dass er gewählt wurde, zeigt, dass wir es mit zwei Phänomenen zu tun haben: mit einer massiven Unzufriedenheit über die bisherige Politik und mit dem Anwachsen populistischer Strömungen und Bewegungen, die davon profitieren.

Am 24. September 2017 werden wir den 19. Deutschen Bundestag wählen. "Wir", das sind auch fast 24 Millionen Katholiken und fast 23 Millionen evangelische Christen. Wir sind dazu aufgerufen, uns als verantwortungsbewusste Bürger dafür einzusetzen, dass in unserer Gesellschaft auch in Zeiten der Globalisierung und der Digitalisierung die in unserem Grundgesetz verankerten Werte der Menschenwürde und der Menschenrechte, der Freiheit, Gleichheit und Gleichberechtigung gewahrt werden. Das Festhalten an den katholischen Sozialprinzipien – der Personalität, der Solidarität, der Subsidiarität, des Gemeinwohls und der Nachhaltigkeit – basierend auf der Gerechtigkeit müssen für uns Verpflichtung sein und unser Wahlverhalten sowie unser politisches Engagement beeinflussen.

Unsere Aufgabe als Diözesanrat ist es, "den Weltauftrag der Getauften und Gefirmten in eigener Verantwortung wahrzunehmen." So steht es in unserer Satzung. Deshalb wollen wir auf dieser Vollversammlung die Katholiken der Diözese Augsburg auffordern, sich mit Politik zu beschäftigen und sich bewusst als Christen in die Politik einzubringen.

Täglich erreichen uns derzeit Nachrichten neuer Aktivitäten türkischer Politiker und europäischer Reaktionen darauf.

Das Hickhack um die Auftritte und Äußerungen der Regierungsmitglieder aus Ankara, die unter den hier lebenden türkischen Wahlberechtigten für eine Verfassungsreform werben, die für kritische Beobachter auf eine Alleinherrschaft von Recep Tayyip Erdogan hinausläuft, ist wie geschaffen, dessen Anhänger zu fanatisieren und zu mobilisieren.

Für eine Minderheit, die sich tendenziell abkapselt und tendenziell abgelehnt wird, kommt der Mythos von Erdogan als Nationalheld eines bedrängten Volkes, das wie er zum Opfer westlicher Rassisten wird, gerade recht.

Wir tun in dieser Situation gut daran, uns nicht auf ein Theater mit Nazivorwürfen einzulassen. Aber dass eine solche Türkei auf absehbare Zeit nicht Europa ist, das sollte jetzt jedem klar werden.

Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Leipzig

Das Bundesverwaltungsgericht Leipzig hat in letzter Instanz das Urteil gefällt, dass der Zugang zu einem verschreibungspflichtigen Betäubungsmittel zur Selbsttötung "in extremen Ausnahmefällen" nicht verwehrt werden darf.

Begründet wird dieses Urteil mit dem im Grundgesetz verankerten Recht auf Würde und freie Persönlichkeitsentfaltung jedes Menschen.

Eine von Hals abwärts querschnittgelähmte Frau wollte sich aufgrund ihres unsäglichen Leidens nach langer Überlegung und Beratung ein Medikament besorgen, um sich das Leben zu nehmen. Das Bundesinstitut für Arzneimittel lehnte ab. Die Frau begab sich in die Schweiz und vertraute sich und ihren Tod einem Sterbehilfeverein an.

Der Witwer begann einen langen Rechtsstreit. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte veranlasste das Bundesverwaltungsgericht Leipzig, das Verfahren wiederaufzunehmen. Dieses musste somit die Ablehnung aufheben.

In diesem Zusammenhang erinnere ich an die Fachtagung am 13. März 2015 "Sterben nach Plan?" sowie an die Vollversammlung zum Thema "Palliativmedizin und Hospiz statt Suizid". Vom Vorstand des Diözesanrates bzw. von der Vollversammlung wurden 2 Erklärungen veröffentlicht: Gegen organisierte Beihilfe zum Suizid oder professionalisierte Suizidassistenz (März 2015) und "Für menschenwürdiges Sterben heute" (Oktober 2015)

Was wird aus dem Gesetz zur Suizidbeihilfe aus dem Jahr 2015 werden?
Aus diesem Urteil leiten sich unzählige Fragen für Ärzte, Krankenhäuser und Pharr

Aus diesem Urteil leiten sich unzählige Fragen für Ärzte, Krankenhäuser und Pharmaunternehmen ab.

Zwingt dieses Urteil Ärzte und Pharmaunternehmen, im Zweifel gegen das eigene Gewissen zu handeln?

Als verantwortungsvolle Katholiken werden wir genau beobachten, was dieses Urteil im Zusammenhang mit Leben oder Sterben in Zukunft bedeutet!

Bildungspolitik

Die Herbstvollversammlung vom 29. Oktober 2016 rückte das Thema "Gender – Herausforderung für Christen" in den Mittelpunkt des Interesses.

Referate von Josef Kraus, dem Präsidenten des deutschen Lehrerverbandes, und von Frau Prof. Gerl-Falkovitz brachten Klarheit in ein eher verschwommenes und z.T. auch ungeliebtes Thema. Unerwartete Aktualität erhielt die Gendertheorie im Zusammenhang mit den Richtlinien zur Familien- und Sexualerziehung in Bayern.

Da die Zeit bis zur Herausgabe der Richtlinien drängte, wandte ich mich als Vorsitzende des Diözesanrates in einem Brief an Kultusminister Dr. Spaenle.

In den Blick nahm ich die Rechte der Eltern, die Identität und die Integrität der Schüler, die Vielfalt der Lebensformen und die unterschiedlichen Familienformen.

Den Schülern sollen Respekt und Toleranz gegenüber allen Menschen vermittelt werden. Dabei kann aber die Akzeptanz extrem minoritärer Lebensformen nicht Ziel der schulischen Bildung sein. Auf der Basis des christlichen Menschenbildes sollen die Schüler eine klare Orientierung erhalten mit dem vorrangigen Ziel, Ehe und Familie zu fördern.

Das breite Engagement vieler führte in diesem Fall zum Erfolg: So heißt es z.B. für die 9. und 10. Jahrgangsstufen: "Schülerinnen und Schüler zeigen Toleranz und Respekt gegenüber Menschen, ungeachtet ihrer sexuellen Identität" – und nicht mehr "zeigen Toleranz und Akzeptanz gegenüber sexuellen Orientierungen".

Auch wurde in den Richtlinien der Schutz des ungeborenen Lebens – evtl. verbunden mit einem "Aktionstag für das Leben" – besonders herausgearbeitet.

4. Lebendiger Glaube – lebendige Gemeinden

Whats-App-Gebetsinitiative

Auch wenn es nur etwas mehr als 10 Prozent der Katholiken sind, die den Sonntagsgottesdienst besuchen, sollten uns diese Zahlen nicht entmutigen. Unser Bischof hat in seinem Hirtenbrief zur Fastenzeit darauf hingewiesen, "dass es uns gar nicht zuerst darum gehen kann, Kirchen zu füllen." Und weiter sagt er: "Vorrangigste Aufgabe unserer Seelsorge und Verkündigung muss es sein, Menschen in eine lebendige Beziehung mit Jesus Christus zu bringen.

Vor allem die, die schon getauft sind, sollen sich daran erinnern, dass ihnen diese lebendige Beziehung von Gott bereits geschenkt worden ist."

Diese lebendige Beziehung zu Christus müssen wir pflegen, wenn sie bestehen bleiben und sich weiter entwickeln soll. Dies geschieht in besonderer Weise im persönlichen Gebet. Viele Menschen haben es heute jedoch verlernt zu beten. So ist für viele im Glauben Suchende ein begleitetes Beten ein guter Weg, mit Gott wieder ins Gespräch zu kommen. Jugendpfarrer Daniel Rietzler und Frater Dominikus Hartmann bieten eine Whats-App-Gebetsinitiative für Jugendliche – und aufgrund der großen Nachfrage ab diesem Wochenende auch für Erwachsene – an.

Ein gestaltetes Morgengebet mit einem Audio-Impuls und ein kurzes Abendgebet haben für mich einen besonderen Charme. Mit dem nächsten Newsletter erhalten Sie alle weiteren Informationen dazu.

"Charismen-Kümmerer" für lebendige Gemeinden

Die Veranstaltung "Kirche und Kommune – gemeinsam für soziale Gemeinden" fand bis jetzt in ca. 20 Dekanaten in unserer Diözese statt. Wir erlebten durchwegs eine positive Resonanz und

Offenheit bezüglich des Konzepts einer effektiven Zusammenarbeit zwischen der Kirche und der politischen Gemeinde.

In lebendiger Erinnerung ist mir aus dem Dekanat Mindelheim die Bitte um konkrete Hilfestellungen, also um "Manpower".

Dass ein lebendiges Gemeindeleben auch in größeren Räumen durchaus möglich ist, wurde am Beispiel der PG Pfaffenhausen deutlich: Der ständige Diakon Albert Greiter ist ein Mann, der in besonderer Form auf die Menschen zugehen kann, von der Kita über den Kindergarten, die Schule und den Bauwagen (d.h. den Jugendtreff) bis hin zu den Senioren.

An seinem Beispiel wird deutlich, was ganz praktisches Wirken bewirken kann. Für unsere Ehrenamtlichen sind weniger theoretische Fortbildungen von Nöten als vielmehr praktisches gelebtes Glaubenszeugnis. Genau dieses begeistert die Menschen und nimmt sie mit. Vielleicht muss unsere Kirche in diesem Bereich kreative, neue Wege gehen! Jesus hat es uns vorgemacht!

5. Reformationsgedenken

"Erinnerungen heilen – Jesus Christus bezeugen" lautet das gemeinsame Wort zum Jahr 2017 von Kardinal Marx, als Vorsitzendem der Deutschen Bischofskonferenz und Landesbischof Bedford-Strohm, als Ratsvorsitzendem der EKD.

Den Anlass nennen beide in ihrem gemeinsamen Text: "2017 werden wir erstmals in der Geschichte der getrennten Kirchen die Erinnerung an den 500. Jahrestag der Reformation auch in ökumenischer Gemeinschaft feiern".

Nach Jahrhunderten der Abgrenzung und gegenseitigen Verwerfungen begehen die beiden großen Kirchen in Deutschland dieses Gedenken gemeinsam unter dem Leitwort "Christusfest". Auf Vermittlung von Bischofsvikar Dr. Bertram Meier sind auch an Vertreter des Diözesanrates Einladungen zur Eröffnung der Bibelausstellung "Unser Buch" und zum ökumenischen Versöhnungsgottesdienst im Augsburger Dom ergangen. Herzlichen Dank, Herr Prälat!

6. ZdK – Landeskomitee – Diözesanrat

Im Mittelpunkt der Arbeit des ZdK steht das Thema "Europa" mit der Aktion "Zeichen setzen für Europa". Dabei wird die Europäische Union als Fundament für den Wohlstand in Europa bezeichnet.

Auch die Rätetagung des ZdK beschäftigte sich mit "Europa" unter dem Titel "Europa braucht uns mehr denn je!"

Darüber hinaus wurde das Augenmerk auf die diözesanen Räte auf dem Weg in die Zukunft gerichtet.

Sowohl das ZdK als auch das Landeskomitee stellten die Fragen: Wie steht es um unsere Demokratie? Wohin steuert unsere Demokratie?

Des Weiteren wird das Thema "Bedeutung religiöser Bildung für die Demokratie" beleuchtet.

So stehen wir mit dem Thema unserer Vollversammlung "Christlicher Glaube – eine Aufforderung zu politischem Handeln" und dem Vortrag von Dr. Theo Waigel mit dem Thema "Der christliche Glaube – Brücke und Pfeiler im politischen Leben" in einem klaren Zusammenhang zu den übrigen Laiengremien in unserer Kirche.

Gewinnen wir neue Erkenntnisse und nutzen wir diese auch!